



Die Offene Linke im
Ansbacher Stadtrat
Boris-André Meyer

An

Frau Oberbürgermeisterin Carda Seidel

Joh.-Seb.-Bach-Platz 1

91522 Ansbach

Ansbach, 10.10.11

Antrag: Militärstandort minimieren – Belastungen reduzieren

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Seidel,
der Stadtrat der Stadt Ansbach möge beschließen:

Die Stadt Ansbach wirkt auf eine Rückführung der Zahl der in Ansbach stationierten Militärhubschrauber der US-Armee auf den Stand vom 31.12.2005 hin.

Begründung:

Die in den Jahren 2006/07 durchgeführte Konzentration der US-Truppen in Europa auf wenige Militärbasen führte in Ansbach zu einer deutlichen Erhöhung der Zahl der hier stationierten Kampfhubschrauber. Waren am 31.12.2005 lediglich 30 Helikopter in Ansbach stationiert, sind es inzwischen 62, zuzüglich der ebenfalls erweiterten Illesheimer Basis sogar 110 Maschinen. Seitdem ist die Belastung der Bevölkerung in unserer Region durch Fluglärm und Abgase sprunghaft angestiegen.

Der Ansbacher Stadtrat trug dieser für manche Stadtteile unerträglichen Minderung der Lebensqualität am 26.05.09 Rechnung, indem er einstimmig beschloss, auf ein Nachtflugverbot und Überflugverbot von Wohngebieten hinzuwirken. Trotz des Einsatzes der Oberbürgermeisterin und StadträtInnen aller politischen Kräfte scheiterten jegliche Bemühungen, den Beschluss umzusetzen, an der kompromisslosen Haltung von Staats- und Bundesregierung.

Deutlich wird zunehmend, dass der Umfang der Stationierung das zentrale Hindernis für die dauerhafte und spürbare Verbesserung der Situation ist. Vor 2006 lag die Größe der Militärbasis noch in einem Bereich, der zumindest ein teilweise erträgliches Nebeneinander von Militär und Bürgerschaft ermöglichte. Vor 2006 waren sowohl Abschluss und Einhaltung eines „Gentlemen´s Agreement“ durchsetzbar, als auch eine Minimierung von Nacht- und Überflügen, wie AnwohnerInnen berichten.

Das Stationierungskonzept der USA scheint vor dem Hintergrund deren Finanzlage zudem elastischer als das starre Festhalten deutscher Ministerien an bürgerfeindlichen Flugbestimmungen. So ist eine Rückführung des Ausmaßes der Militärbasis Ansbach auf den Stand von vor 2006 derzeit ein erfolgversprechenderer Ansatz der Bemühungen der Stadt für einen ersten Schritt zur Entlastung ihrer BürgerInnen als der weiterreichende Beschluss von 2009.

Weiterhin birgt eine Verkleinerung der in Ansbach stationierten Brigade auch eine Chance auf weniger Flächenfraß am Umland infolge des nach einer einhergehenden Truppenreduzierung erleichterten Verzichts auf weitere Bauabschnitte der Stacheldrahtsiedlung im Ansbacher Osten.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Boris-André Meyer

Stadtrat